

## Wahlprogramme der Parteien zur Altersvorsorge

Was viele Wählerinnen und Wähler im Hinblick auf die am 26.09.2021 anstehende Bundestagswahl beschäftigt, ist insbesondere das Thema Altersvorsorge. Die nachfolgende Zusammenfassung beschreibt die Wahlprogramme der Parteien zu diesem wichtigen Thema und zeigt deren unterschiedliche Schwerpunkte auf:

### CDU/CSU

Zur Sicherung der Rente setzt die Union auf eine starke Wirtschaft, da viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte die Rentenkasse stabilisieren. Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) soll hierbei zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben.

**Beiträge und Rentenniveau:** Im Unionsprogramm gibt es wenig Konkretes zur Höhe der Beiträge oder zum Rentenniveau. Eine Anhebung der Regelaltersgrenze ist nicht vorgesehen.

**Ergänzung zur staatlichen Rente:** Als Ergänzung zur gesetzlichen Rente soll eine verpflichtende private, staatliche geförderte Altersvorsorge in Form eines Standardproduktes ohne Abschlusskosten eingeführt werden (Abwahl möglich – „opt-out“). Gleichzeitig ist eine Altersvorsorgepflicht für diejenigen Selbstständigen geplant, die nicht anderweitig abgesichert sind. Schließlich vertritt die Union erstmals die Idee einer „Generationenrente“, also einer Altersvorsorge von Geburt an. Diese soll mit einem staatlichen Monatsbeitrag zur Anlage in einen Pensionsfonds ausgestaltet werden.

**Betriebliche Altersvorsorge:** Es ist geplant, die bAV zu stärken, damit insbesondere Geringverdiener hiervon profitieren („Betriebliche Altersvorsorge für alle“). Zudem sollen bei einem Jobwechsel bereits bestehende Ansprüche einfacher mitgenommen werden können.

### Die Grünen

Damit auch Menschen mit geringeren Einkommen gut im Alter leben können, ist u.a. die Einzahlung aller Arbeitnehmer in einen breit gestreuten und nachhaltigen Bürgerfonds vorgesehen. Auch bei den Grünen liegt der Schwerpunkt des Wahlprogrammes auf der GRV.

**Rentenniveau:** Die Grünen fordern, das Rentenniveau der GRV bei mindestens 48 Prozent zu belassen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen etwa Frauen dabei unterstützt werden, nach der Familiengründung in Vollzeit in den Beruf zurückzukehren. Damit jeder Beschäftigte eine auskömmliche Rente erhält, müssen zudem prekäre Beschäftigung und damit verbundene Niedriglöhne „überwunden“ sowie ein Einwanderungsgesetz verabschiedet werden.

**Rententalter:** Die Grünen wollen grundsätzlich an der Rente mit 67 festhalten. Menschen sollen aber selbst darüber entscheiden können, wann genau sie in Rente gehen wollen.

**Bürgerversicherung für alle:** Es ist geplant, die GRV schrittweise zu einer „Bürgerversicherung“ weiterzuentwickeln, in die langfristig alle Bürger (auch Selbstständige und Abgeordnete) einbezogen werden sollen.

## Fachinformation

**Bürgerfonds:** Die Grünen kritisieren in ihrem Wahlprogramm sowohl die Riester- als auch die Rürup-Rente und planen, beide durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds zu ersetzen. In diesen soll jeder Bürger einzahlen, der nicht aktiv widerspricht. Das in den Bürgerfonds eingezahlte Geld wird hierbei langfristig und nachhaltig am Aktienmarkt investiert. Arbeitgeber sollen in Zukunft „eine betriebliche Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den Bürgerfonds als Standard dafür nutzen können“.

## SPD

Das Schlagwort der Sozialdemokraten lautet „Solidarität“. Auch Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet, aber nur wenig verdient haben, sollen im Rentenalter würdevoll leben können.

**Rentenniveau:** Auch die SPD möchte das Rentenniveau stabil bei mindestens 48 Prozent festschreiben – „weitere Spielräume“, um das Niveau anzuheben, will man nutzen.

**Renteneintrittsalter:** Das Renteneintrittsalter soll bei höchstens 67 Jahren verbleiben. Im Wahlprogramm heißt es hierzu: „Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab, weil sie für viele, die nicht länger arbeiten können, eine Rentenkürzung bedeutet und ungerecht ist.“ Langjährig Versicherte sollen auch weiterhin vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können.

**Gesetzliche Rentenversicherung:** Die GRV soll „Zentrale Grundlage“ der Altersvorsorge bleiben, indem auch Selbständige, Beamte und Abgeordnete einbezogen werden.

**Geschlechtergerechte Rente:** Die SPD fordert, familienbedingte Tätigkeiten bei der Rente gerechter zu berücksichtigen. Kümmert sich z.B. jemand langjährig um die Pflege von Familienangehörigen, darf sich das nicht mehr negativ auf die Rente auswirken oder sogar zu Altersarmut führen.

**Private Altersvorsorge:** Die Sozialdemokraten möchten durchsetzen, dass jeder die Möglichkeit bekommt, „sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern“. Um die private Altersvorsorge attraktiv zu machen, will die SPD ein Angebot nach schwedischem Vorbild schaffen, das „kostengünstig, digital und grenzüberschreitend“ ist und nicht nur von Versicherungskonzernen, sondern auch von einer „öffentlichen Institution“ angeboten wird.

## FDP

Die FDP möchte ein „Baukastenprinzip“ aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge etablieren. Die Ansprüche aus den jeweiligen Bereichen sollen flexibel kombinierbar sein.

**Aktienrente:** Die FDP hat das System einer sogenannten Aktienrente nach schwedischem Vorbild in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Demnach sollen zwei Prozent des Bruttoeinkommens jedes Arbeitnehmers langfristig in einem Aktienfonds angelegt werden, um von den Chancen des Kapitalmarktes zu profitieren.

**Flexibler Renteneintritt:** Wer mit 60 Jahren bereits eine Rente über Grundsicherungsniveau erreicht hat, entscheidet selbst über seinen Eintritt in den Ruhestand. Wer hingegen länger arbeitet, erhält hierfür eine höhere Rente. Eine Doppelbesteuerung von Renten will die FDP

## Fachinformation

verhindern, eine Grundrente soll diejenigen besserstellen, die trotz Arbeit auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind.

## Die Linke

Die Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung möchte die Linke ausschließlich über die GRV sichergestellt wissen. Auch sollen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands weniger lang arbeiten müssen und eine höhere Rente bekommen.

**Renteneintrittsalter:** Von allen Parteien verspricht die Linke wahrscheinlich die meisten Wohltaten für Rentner. Finanzierung: durch höhere Steuern für Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen. Das Renteneintrittsalter von derzeit 67 Jahren soll um zwei Jahre abgesenkt werden.

**Rentenniveau und Mindestrente:** Das Rentenniveau, also das Verhältnis von Standardrente zum Durchschnittseinkommen, möchte die Linke „als Sofortmaßnahme“ von 48 auf 53 Prozent anheben. Langfristig soll die monatliche Mindestrente 1.200 EUR betragen. Hierzu soll u.a. jeder in die gesetzliche Rente einzahlen müssen, also auch Selbstständige, Politiker und Beamte.

**Anrechnungszeiten:** Zeiten von Ausbildung, Pflege Angehöriger und Kindererziehung werden nach Plänen der Linken stärker bei der Berechnung berücksichtigt und führen damit automatisch zu einer höheren Rente. Auch ehrenamtliches Engagement will die Partei mit einer höheren Rente belohnen. Darüber hinaus sollen Subventionen für die private Altersvorsorge zurückgefahren und das Geld hierfür stattdessen in die GRV fließen.

## AfD

Durch die Streichung „ideologischer Politikmaßnahmen“ möchte die AfD Steuerzuschüsse finanzieren, um langfristig das Rentenniveau zu sichern. Außerdem sieht ihr Wahlprogramm vor, die Entscheidung über den Eintritt in die Rentenphase in die Hand jedes Einzelnen zu legen. Politiker sollen in die GRV einbezogen werden, Beamte dagegen weiterhin eine eigene Versorgung haben. Schließlich plant die AfD eine Stärkung der Familien im Rentenrecht, indem steuerfinanziert allen Eltern 20.000 EUR pro Kind erstattet werden, ohne dass sich die jeweiligen Rentenansprüche vermindern.

## Sonstiges

Weitere Informationen bzgl. der Wahlprogramme der Parteien zur Altersvorsorge können Sie dem Wahlomat („WahIDIAgnose 2021“) des Deutschen Institutes für Altersvorsorge (DIA) entnehmen:

[www.dia-vorsorge.de/umfragetool/#/](http://www.dia-vorsorge.de/umfragetool/#/)